

Klare Ansage aus Brüssel

Bundesrat soll Mandat für neue EU-Verhandlungen schnell erteilen, sagte Chefunterhändler Maroš Šefčovič.

Patrik Müller

Es tut sich was zwischen Bern und Brüssel. Kurz vor den Sommerferien hat der Bundesrat einen neuen Chefunterhändler ernannt: Alexandre Fasel folgte als Staatssekretär im Aussendepartement auf Livia Leu. Am Freitag kam es zum ersten Kontakt zwischen Fasel und dem Kabinettschef der EU-Kommissionsmitglieder, Juraj Nociar. Es war eines von mehreren Gesprächen in Brüssel zwischen Vertretern der EU und der Schweiz, die an drei Tagen stattfanden.

Besonders aufschlussreich war, was EU-Chefunterhändler Maroš Šefčovič sagte, der Vizepräsident der Europäischen Kommission. War nach dem Treffen mit Aussenminister Ignazio Cassis in Brüssel im Juli nichts Substantielles kommuniziert worden, sprach Šefčovič gegenüber der Schweizer Delegation jetzt Klartext.

Am 21. September würden die Sondierungsgespräche zwischen Brüssel und Bern weitergeführt, erklärte der EU-Spitzenmann. In einem einstündigen Gespräch mit der Schweizer Gruppe, angeführt vom Präsidenten des «Lucerne

Dialogue» Marcel Stalder, formulierte Šefčovič seine Vorstellungen. «Die EU schätzt es so ein, dass der Bundesrat im Anschluss an die Sondierungsgespräche ein offizielles Mandat erteilt für erneute Verhandlungen mit der EU», fasst Stalder zusammen.

Die EU will offensichtlich aufs Tempo drücken, denn wenn es Verhandlungen geben soll, dann bald, konkret von Januar bis Juli 2024. Danach rücken die Wahlen in der EU ins Zentrum, erst 2027, so das Signal aus Brüssel, hätte man wieder Zeit für die Schweiz.

EU will zuerst institutionelle Fragen klären

Der «Lucerne Dialogue» (Europa-Forum) ist eine politisch unabhängige Plattform, die sich für geregelte Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU einsetzt und hauptsächlich aus Wirtschaftsvertretern besteht. Gegründet wurde sie nach dem EWR-Nein 1992. Präsident Stalder sagt zu den Gesprächen: «Šefčovič hat verstanden, dass die Schweiz nicht an der Verhandlung eines neuen Rahmenabkommens interessiert ist, das die Beziehung zur EU grundsätz-

lich löst, sondern vertikale, sektoruelle Fragen klären möchte.» Der EU-Chefunterhändler habe zwar Bereitschaft signalisiert, aber eines klargemacht, sagt Stalder: «Zuerst müssen institutionelle Fragen, also zentrale Fragen wie die der Personenfreizügigkeit, gelöst werden, erst dann kann man über sektoruelle Themen verhandeln.»

Das klingt so, als würde die EU bei den zentralen Punkten nicht nachgeben wollen, die letztlich zur Rückweisung des Rahmenabkommens durch den

EU-Chefunterhändler Maroš Šefčovič (Mitte) empfing den Schweizer Europa-Vermittler Marcel Stalder und Kathrin Amacker, Präsidentin der Regio Basiliensis.

Bild: EUC



lich löst, sondern vertikale, sektoruelle Fragen klären möchte.»

Der EU-Chefunterhändler habe zwar Bereitschaft signalisiert, aber eines klargemacht, sagt Stalder: «Zuerst müssen institutionelle Fragen, also zentrale Fragen wie die der Personenfreizügigkeit, gelöst werden, erst dann kann man über sektoruelle Themen verhandeln.»

Das klingt so, als würde die EU bei den zentralen Punkten nicht nachgeben wollen, die letztlich zur Rückweisung des Rahmenabkommens durch den

Bundesrat im Mai 2021 geführt haben. Damals brach die Landesregierung die Verhandlungen mit der EU ab, ohne einen Plan B zu kommunizieren.

Der EU-Mann nimmt sich Zeit für die Schweiz

Šefčovič scheint sich jetzt demonstrativ viel Zeit zu nehmen für Schweizer Unternehmer und andere Interessengruppen, so etwa die Regio Basiliensis, deren Präsidentin, Ex-CVP-Nationalrätin Kathrin Amacker, ebenfalls in Brüssel war. Die Botschaft könn-

te sein: Die EU ist immer noch verstimmt über den Bundesrat, aber grundsätzlich interessiert an einem Dialog mit der Schweiz. Ins Bild passen Šefčovičs Besuch an der Universität Fribourg vom Frühjahr und informelle Treffen mit den aussenpolitischen Kommissionen.

Laut Stalder hat der EU-Chefunterhändler folgenden Plan: «Man wird auf den Sondierungsgesprächen aufbauen und ist daran, für alle zentralen Fragen sogenannte «Landezonen» zu definieren – also Spielräume,

innerhalb derer im Rahmen der offiziellen Verhandlungen später die Lösungen gefunden werden müssen.»

Die Gespräche in Brüssel, so verlautet aus der Schweizer Delegation, hätten gezeigt, dass die Schweiz bei der EU und auch bei unseren Nachbarstaaten nicht besonders viel Goodwill genießt. «Man ist genervt, dass die Schweiz am europäischen Binnenmarkt teilnehmen will, aber sich so schwertut, die gemeinsamen Regeln zu akzeptieren, welche für den Handel auf diesem Markt gelten», sagt Stalder. Zerüttet sei das Verhältnis aber keineswegs. Er zitiert Šefčovič, der dazu sagte: «I am a trained diplomat, let me summarize the current EU-Swiss relationship as sub-optimal.» Diplomatisch gesagt sei das Verhältnis «suboptimal».

Die Schweizer Delegation tauschte sich in Brüssel auch mit Schweizer Landsleuten aus, so mit Botschafterin Rita Adam, Chefin der Schweizer Mission bei der EU, mit Botschafter Philippe Brandt, Chef der Schweizer Botschaft in Belgien und der Schweizer Mission bei der Nato, und mit Divisionär Peter Wannier, militärischer Vertreter der Schweiz bei EU und Nato.

Europa-Koalition formiert sich

Aussenpolitik In der Schweiz haben die EU-Gegner derzeit die Oberhand: Der Bundesrat zögert in den Verhandlungen mit Brüssel und viele Parteien sind gespalten. Nun zeichnet sich eine schlagkräftige Allianz der proeuropäischen Kräfte ab. Am Samstag hat die Europäische Bewegung Schweiz (EBS) an ihrer Generalversammlung gemäss Mitteilung beschlossen, die «Europa-Initiative» von Operation Libero und den Grünen zu unterstützen. Voraussetzung ist allerdings, dass der Initiativtext breiter gefasst wird. «Wir wollen die proeuropäischen Kräfte über die Parteigrenzen hinweg zusammenbringen», lässt sich EBS-Präsident Eric Nussbaumer zitieren. (rwa)

Walliser Bevölkerung bremst Solaroffensive aus

Rückschlag für die geplanten Mega-Solarparks im Wallis. Das Stimmvolk lehnt beschleunigte Verfahren ab.

Sie schossen wegen der drohenden Strommangellage wie Pilze aus dem Boden: Projekte für grosse Photovoltaikanlagen in den Alpen. Das Wallis war dabei am schnellsten. Die Vorhaben aus Gondo und Gremgiols avancierten zu Symbolen der Solaroffensive, die letzten Herbst durch das eidgenössische Parlament gepeitscht wurde und bis 2025 üppige Subventionen für alpine Grossanlagen vorsieht.

Jetzt wird der Solarexpress im Wallis aber ausgebremst. Die Stimmbürger hat das Dekret über das Bewilligungsverfahren für Photovoltaik-Grossanlagen am Sonntag abgelehnt. 54 Prozent der Walliserinnen und Walliser sprachen sich dagegen aus.

Das Wallis war der erste Kanton, in dem sich die Bevölkerung zur Solaroffensive äussern konnte. Im Vorfeld war die Abstimmung aus nationaler Sicht als Stimmungstest gewertet worden: Denn während auf Bundesebene die Unterschriftensammlung gegen das revidierte Energiegesetz scheiterte, landete die kantonale Umsetzung dieser Vorlage nun vor dem Volk.

Walliser Regierung schielte auf Bundessubventionen

Mit dem Verdikt der Stimmbürger wird der Ausbau alpiner Solaranlagen im Bergkanton zwar nicht verunmöglicht, aber der Bewilligungsprozess deutlich verlangsamt. Damit gilt weiterhin das Verfahren, wie es in der kantonalen Baugesetzgebung vorgesehen ist.



Visualisierung der Solaranlage Gremgiols Solar im Binntal.

Bild: IG Safflischtal

Das Ergebnis ist eine herbe Schlappe für den Walliser Staatsrat, der sich für die Vorlage stark gemacht hatte. Mit dem Gesetz sollte das Verfahren beschleunigt werden. So wäre die Regierung selbst anstelle der kantonalen Baukommission als erste Instanz für die Baugenehmigungen zuständig. Zudem hätte eine Beschwerde keine aufschiebende Wirkung mehr. Von einem Passus zur Schonung von unberührten Landschaften wollte die Regierung nichts wissen.

Die Walliser Regierung schlug auch deshalb ein hohes

Tempo an, weil sie auf die Bundessubventionen schielte: Diese fließen nur, bis schweizweit mit alpinen Solaranlagen eine Produktion von zwei Terawattstunden erreicht wird. Als Folge ist in der Schweiz ein Wettlauf gegen die Zeit und die Konkurrenz entbrannt. Gemäss Mitteilung nimmt der Walliser Staatsrat «das Abstimmungsergebnis zur Kenntnis».

Der Urnengang war notwendig, weil Pro Natura und die Grüne Kantonalpartei das Referendum ergriffen hatten. «Wir wehren uns nicht gegen den

Ausbau der Solarenergie an sich, sondern gegen den Schnellschuss des Parlaments, der unberührte Berglandschaften zur Zerstörung freigibt», sagte Brigitte Wolf, Co-Präsidentin der Walliser Grünen, im Vorfeld der Abstimmung.

Der Entscheid der Stimmbürger dürfte dabei nicht entlang klarer parteipolitischer Präferenzen gefallen sein. Bereits bei der Unterschriftensammlung habe sich gezeigt, dass die alpinen Solaranlagen das Links-rechts-Schema durchbrechen. So sympathisierten ge-

mäss Wolf auch Vertreter der SVP Unterwallis mit dem Referendum.

Auch im linken Lager war die Uneinigkeit so gross wie sonst selten. Auf der einen Seite standen Kräfte, für die der Landschaftsschutz an oberster Stelle steht. Auf der anderen jene, die um der erneuerbaren Energien willen zu Kompromissen bereit sind. Exemplarisch zeigte sich das bei der SP. Während sich die SP Oberwallis gegen das Referendum stellte, unterstützte es jene aus dem Unterwallis. (rwa/jus)

Bote

Der Bote auf Facebook
facebook.com/botederurschweiz



I like Bote.